



Pressemitteilung

VIK kritisiert Verschiebung des gesetzlichen Kohleausstiegsberichts: „Deutschland befindet sich bei der Versorgungssicherheit weiter im Blindflug“

Berlin, 12. August 2026 – Der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V. (VIK) kritisiert die Verschiebung des gesetzlich für den 15. August 2026 vorgesehenen Evaluierungsberichts zum Kohleausstieg deutlich. Der Bericht ist nach § 54 des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes (KVBG) vorgeschrieben und soll die Auswirkungen des Kohleausstiegs auf Versorgungssicherheit, Strompreise und Wärmeversorgung bewerten.

Bereits der erste gesetzlich vorgesehene Evaluierungsbericht wurde 2022 vom damaligen Bundeswirtschaftsminister Habeck nicht vorgelegt. Dennoch wurde am eingeschlagenen Kohleausstiegspfad festgehalten und die Reduzierung gesicherter Erzeugungskapazitäten weiter vorangetrieben. Aus Sicht des VIK ist die erneute Nichteinhaltung gesetzlicher Vorgaben ein alarmierendes Signal. Die energieintensive Industrie erwartet endlich eine belastbare Bewertung der tatsächlichen Auswirkungen auf die Stromversorgung und den Industriestandort Deutschland.

„Zum zweiten Mal fehlt der gesetzlich vorgeschriebene Realitätscheck zum Kohleausstieg. Trotzdem wird der eingeschlagene Kurs fortgesetzt. Bei einer Frage von so zentraler Bedeutung für die Energiesicherheit darf Deutschland nicht länger im Blindflug unterwegs sein“, sagt Christian Seyfert, Hauptgeschäftsführer des VIK.

Für die energieintensive Industrie ist Versorgungssicherheit eine zentrale Voraussetzung für Produktion, Investitionen und Beschäftigung. Vor diesem Hintergrund setzt sich der VIK seit Jahren dafür ein, dass keine weiteren Kraftwerkskapazitäten stillgelegt werden, bevor entsprechender Ersatz tatsächlich verfügbar ist.

„Die Verschiebung des Berichts wirft die Frage auf, welche Ergebnisse derzeit noch nicht absehbar sind oder welches Ergebnis man möglicherweise noch nicht kommunizieren möchte. Niemand will Kohlekraftwerke länger betreiben als nötig, wenn sie aber für die Versorgungssicherheit unverzichtbar sein sollten, muss dies offen und transparent benannt werden. Es darf keine weiteren Kraftwerksabschaltungen geben, solange gleichwertiger Ersatz nicht physisch vorhanden und betriebsbereit ist“, so Seyfert.

Die Begründung der Verzögerung, für eine belastbare Bewertung müsse zunächst der Aufbau neuer Kraftwerkskapazitäten abgewartet werden, zeige vor allem eines: Wie sich die Versorgungssicherheit in den kommenden Jahren entwickelt, ist weiterhin nicht ausreichend geklärt.

Seyfert betont: „Versorgungssicherheit ist nicht optional oder nur ‘nice to have’, sondern eine zentrale Aufgabe des Staates. Ein Industrieland kann es sich nicht leisten, bei dieser Frage auf Annahmen und Hoffnungen zu setzen.“

Der VIK ist seit 1947 die Interessenvertretung industrieller und gewerblicher Energienutzer in Deutschland. Er ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband mit Mitgliedsunternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen, wie etwa Aluminium, Chemie, Glas, Papier, Stahl oder Zement. Der VIK berät seine Mitglieder in allen Energie- und energierelevanten Umweltfragen. Im Verband haben sich etwa 80 Prozent des industriellen Stromverbrauchs und rund 90 Prozent des versorgerunabhängigen industriellen Energieeinsatzes und rund 90 Prozent der versorgerunabhängigen Stromerzeugung in Deutschland zusammengeschlossen.

Für weitere Informationen über den VIK, unsere Arbeit und aktuelle Pressemitteilungen besuchen Sie bitte www.vik.de.